

Strahlenschutzpraxis 3/96, 59-63 (1996)

9 Kuni H, RBW der Neutronen und Epidemiologie der Atom-bombenopfer in Hiroshima und

Nagasaki, Manuskript (1995)
Kuni H, CASTOR gefährdet Gesundheit, Berichte des Otto Hug Strahleninstituts Nr.19-20 (1998)
10 Pierce DA, Shimizu Y,

Preston DL Vaeth M, Maibuchi K. Comments on the contribution of neutrons to the biological effect at Hiroshima. Radiat. Res. 146, 590-593 (1996)

* Prof. Dr. Wolfgang Köhnlein, kohnlei@uni-muenster.de ●

Krebs um Atomkraftwerke

Krebshäufung beim Atomkraftwerk Brokdorf

Unter den rund 1.500 Einwohnern der schleswig-holsteinischen Gemeinde Wewelsfleth beim Atomkraftwerk Brokdorf herrscht zunehmende Unruhe. Seit 1998 das schleswig-holsteinische Krebsregister eingerichtet wurde, sind bis zum Jahr 2008 in der Bevölkerung von Wewelsfleth 142 Krebserkrankungen neu diagnostiziert worden. Aufgrund des Landesdurchschnitts wären nur 96 Neuerkrankungen zu erwarten und eine Anzahl von 77 bis 115 wäre als statistisch unauffällig zu betrachten gewesen. Die 142 Krebserkrankungen aber bedeuten eine statistisch signifikante Erhöhung um fast 49 Prozent. Das hatte das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Schleswig-Holstein im Juli 2011 dem Bürgermeister und dem Amtsvorsteher der Gemeinde mitgeteilt. Statistisch signifikant erhöht sei speziell die Zahl der registrierten Erkrankungsfälle für Harnblasen-, Prostata-, Darm- und Lungenkrebs sowie für den schwarzen Hautkrebs (malignes Melanom). Die Gruppe von Krebserkrankungen, die in Zusammenhang mit ionisierenden Strahlen gebracht werden, wozu nach Ansicht des Kieler Ministeriums „beispielsweise Leukämien und Schilddrüsenkrebs gehören“, wisse dagegen keine Erhöhung auf, heißt es in dem Bericht. Es sei auch kein räumliches Muster mit dem Abstand zum AKW Brokdorf zu erkennen, obwohl die Gemeinde Wewelsfleth in der Hauptabwindrichtung von Brokdorf liegt. Die Inanspruchnahme von Früherkennungsunter-

suchungen für Brust-, Prostata-, Darm- und Hautkrebs sei ebenfalls als Ursache auszuschließen, weil auch ohne diese die Krebserkrankungsrate deutlich erhöht sei. Tumore, die bekanntermaßen bei Werftarbeitern gehäuft auftreten, seinen in Wewelsfleth eher bei Frauen und nicht wie zu erwarten wäre bei Männern erhöht. Und individuelle Verhaltensweisen wie das Rauchen könnten allenfalls teilweise für die Erhöhung des Krebsrisikos in Wewelsfleth verantwortlich sein, heißt es in dem Bericht, denn auch für Tumoren, die nicht mit dem Rauchen in Verbindung stünden, sei eine Erhöhung zu beobachten. Die Sterblichkeit an Krebs sei in Wewelsfleth dagegen nicht erhöht.

Um den Strahlenschutz der Bevölkerung zu gewährleisten, gebe es für das Kernkraftwerk Brokdorf „seit Inbetriebsetzung im Jahr 1988 lückenlose Daten über die Emissionen von radioaktiven Nukliden und von Messwerten aus dem Umgebungsüberwachungsprogramm“, behauptet das Kieler Ministerium. Regelmäßig würden „mehrmals pro Jahr“ Boden-, Wasser- und Luftproben untersucht. „Alle Untersuchungen, auch die Messung der radioaktiven Ableitungen“, seien unauffällig gewesen. Die zusätzliche Belastung durch radioaktive Strahlung aus dem Kernkraftwerk Brokdorf betrage 1 bis 3 Mikrosievert pro Jahr und liege deutlich („um den Faktor 500-1000“) unterhalb der natürlichen Belastung.

Das Ministerium gibt sich ratlos, ihm seien „keine äußere-

ren Ursachen für die erhöhten Krebszahlen bekannt“. Aufgrund der Unterschiedlichkeit der auffälligen Tumorarten sei nicht von einem einzigen Risikofaktor als Ursache auszugehen, es fehle eine plausible Hypothese für einen Risiko-

faktor. Von einer wissenschaftlichen Studie zur Aufklärung der Ursachen seien aber „derzeit keine neuen Erkenntnisse zu erwarten“, sie wäre daher nicht zielführend“, ist sich das Kieler Ministerium dagegen gewiß. ●

Atommüll-Lagerung

Initiative für eine schnellere Rückholung des Atommölls aus dem Salzbergwerk Asse ist gescheitert

Ein Antrag der SPD-Fraktion (Bundestagsdrucksache 17/8351 vom 17.01.2012), die Rückholung der Fässer aus dem Atommölllager Asse II zu beschleunigen, ist am 25. Januar 2012 im Umweltausschuß des Deutschen Bundestages mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen abgelehnt worden. Katherina Reiche (CDU), Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium (BMU), erklärte jedoch für die Bundesregierung, daß sie sich weiterhin „uneingeschränkt zur Rückholung“ bekenne. Für Anfang Februar 2012 kündigte Frau Reiche einen Sachstandsbericht an, auf dem die Ergebnisse eines Fachworkshops vorgelegt werden sollen, auf dem am 18. und 19. Januar 2012 über die Schachtanlage Asse und weitere Maßnahmen zur Beschleunigung der Rückholung des Atommölls beraten worden war. Voraussichtlich am 10. Februar 2012 soll ein entsprechender Gesetzesentwurf vorgelegt werden.

In ihrem Antrag hatte die SPD kritisiert, daß es durch die strikte Anwendung des Atomrechts zu Verzögerungen bei

der Rückholung komme, obwohl der schlechte bauliche Zustand der Asse hierfür nur eine begrenzte Zeit lasse. Die Fraktion wollte zudem prüfen lassen, ob für eine Beschleunigung des Verfahrens die entsprechenden Paragraphen des Atomgesetzes zur Gefahrenabwehr angewandt werden könnten. Außerdem forderte sie in ihrem Antrag die Einrichtung einer Task-Force für eine schnellere Klärung des weiteren Vorgehens.

Die SPD erklärte, daß man die Dauer des Verfahrens nicht hinnehmen dürfe. Sie betonte, es müsse ein Rechtsrahmen geschaffen werden, der „unverzögliches Handeln möglich mache“. Die Bergung sei das vordringliche Ziel. Gleichzeitig stellte die SPD-Vertreterin die Frage in den Raum, ob die Landesregierung wirklich ein Interesse habe, die Atommöll-Fässer zu bergen.

Drohende Grundwasser-verseuchung

In der Schachtanlage Asse II würde durch einen nicht mehr beherrschbaren Wasserzufluss der Betrieb und damit die Bergung des Inventars zum